

Elvi Claßen

## Mit zivilem Mut gegen 'moderne Cäsaren'

### Die US-Friedensbewegung und die Irak-Krise

“Dies ist ein Augenblick, in dem Klugheit und Mut zu feiern sind; in dem man sich die Bedeutung des (zumindest gegenwärtig bestehenden) Waffenstillstands vor Augen führen muß, den Generalsekretär Kofi Annan ausgehandelt hat. Es ist ein Augenblick um innezuhalten und sich klarzumachen, daß das weltweit modernste 'konventionelle' und nukleare Arsenal nicht gerade eingesetzt wird, um das zu verwüsten, was von der irakischen Infrastruktur noch übrig geblieben ist, zahllose Menschenleben auszulöschen, die Psyche künftiger Generationen zu verwüsten und ihre Zukunftsperspektiven zu zerschlagen.” So kommentiert Joseph Gerson, Leiter des Regionalbüros des American Friends Service Committee (vgl. ZC 6/97) in New England/USA, die Beendigung der aktuellen Irak-Krise im Februar (zit. nach “Peacework”, March '98).

Darüber, wie knapp die Welt tatsächlich einem Krieg mit Atomwaffen entronnen ist, läßt sich nur spekulieren. Tatsache aber ist, daß die US-Militärdoktrin seit Ende des zweiten Golfkrieges ideologisch, strategisch und waffentechnisch entsprechend dieser Option umgerüstet wird. Dies belegen die im November 1997 verabschiedeten und jetzt in Einzelheiten bekannt gewordenen Atomkriegspläne der Clinton-Administration, deren Szenario eindeutig auf regionale Krisensituationen wie die am Golf zugeschnitten ist. Und Tatsache ist auch, daß die nationale politische Mobilisierung für die “Operation Wüstendonner” eine ähnlich negative Resonanz hervorrief, wie die Suche nach Verbündeten für diesen Waffengang im Ausland. Dafür sorgte eine wiedererstarke Friedensbewegung, die sich angesichts der von den USA dominierten Eskalation der Irak-Krise seit Beginn des Jahres neu formierte: Mit der Absicht, die Menschen über die Lage im Irak aufzuklären, die Kriegspläne der USA offenzulegen und die Öffentlichkeit für die Ablehnung einer militärischen Intervention im Irak zu gewinnen, sind Friedensgruppen und -organisationen im ganzen Land so aktiv gewesen, wie seit dem zweiten Golfkrieg 1991 nicht mehr (die US-Medien verglichen die Antikriegsbewegung vielfach sogar mit dem Widerstand gegen die Vietnamkrieg, Time, 2.3.98). Wir wollen in diesem Schwerpunkt deshalb einige aktuelle militärpolitische Entwicklungen skizzieren, sowie Forderungen und Aktivitäten der US-Friedensbewegung vorstellen; denn ihre politischen Analysen und Aktionen der letzten Wochen bieten auch für die internationale Friedensbewegung wichtige inhaltliche und strukturelle Anknüpfungspunkte.

### Die neue US-“Präsidentendirektive”: Atomare Schlagfähigkeit - weltweit

Anfang März veröffentlichte das British American Security Information Council (BASIC, eine unabhängige Forschungseinrichtung für friedens- und sicherheitspolitische Fragen mit Sitz in London und Washington) erstmals Einzelheiten der neuen militärstrategischen Richtlinien, die die US-Regierung im November 1997 erlassen hat. Das unter Federführung von Präsident Bill Clinton entstandene Strategiepapier (Presidential Decision Directive/PD) zur US-Atomkriegsführung sieht den Einsatz taktischer nuklearer Waffen gegen “*rogue' states*” (“Schurkenstaaten”) vor, die über chemische und biologische Waffen verfügen. Unter “Schurkenstaaten” versteht die US-Regierung - so definiert es Gary Seymour, Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates der USA 1996 - Staaten, “die schlechte politische Beziehungen mit Washington haben” (Frankfurter Rundschau, 4.2.98). Die letzte “Präsidentendirektive” dieser Art war 1980 noch unter Carter erlassen worden: Damals hatte die US-Regierung in der “PD 59” erstmals öffentlich ihre Bereitschaft zu einem nuklearen Erst- (“Enthauptungs-”)schlag gegen die Sowjetunion

und zur Führung eines - so die damalige offizielle Diktion - "begrenzten Atomkrieges" auf dem europäischen Kontinent erklärt.

Die neue Präsidentendirektive, so der BASIC-Bericht, identifiziert ein "*wachsendes Bedrohungspotential der Dritten Welt*", das als wichtige Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung eines "*dauerhaften*" Atomwaffen-Arsenals der USA gesehen wird. Deshalb werde derzeit die elektronische Zielerfassungstechnologie für Nuklearwaffen von der Ausrichtung auf die "*ausschließlich nördliche Hemisphäre*" (die noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammt) auf "*globale Schlagfähigkeit*" ausgeweitet, Atomschläge gegen "Schurkenstaaten" würden inzwischen bereits routinemäßig geplant. Darüber hinaus, so BASIC, befinde sich das US-Atomwaffenarsenal gerade in einer milliardenteueren Modernisierungsphase: "Begrenzte, über die ganze Welt verteilte Atomwaffen-Kontingente" sollen für einen "*flexiblen Einsatz*" je nach Lage umgerüstet werden. Eine Reihe von Atomwaffen soll technisch so modifiziert werden, daß sie "neue Möglichkeiten bieten, potentielle Besitzer von Massenvernichtungswaffen unter Beschuß zu nehmen". Im Kalkül der Ende 1993 von der Clinton-Administration proklamierten "Initiative zur Verhinderung der Weiterverbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen" (Defense Counterproliferation Initiative) muß dies als Absichtserklärung verstanden werden, den Teufel - wenn es als nötig erachtet wird - mit dem Beelzebub auszutreiben.

Für den Direktor von BASIC, Daniel Plesch, veranschaulichen die vorliegenden Informationen über die neue Präsidentendirektive einen beunruhigenden Trend: "Wieder und wieder hat sich erwiesen, daß Atomwaffen unbrauchbar sind. Ihren Einsatz zu planen ist gefährlich aussichtslos und verhindert die Schaffung eines funktionierenden Systems der Nichtweiterverbreitung.

Auch der Sicht der US-amerikanischen Friedensbewegung unterläuft und gefährdet die US-Regierung mit ihrer Direktive den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty/NPT). So müssen sich z.B. nicht-nukleare Staaten, die den NPT-Vertrag ebenfalls unterzeichnet haben und über biologische oder chemische Waffen verfügen, nun mit der Möglichkeit konfrontiert sehen, zum potentiellen Ziel eines US-Nuklearschlages zu werden. Die Direktive verstößt außerdem gegen das Urteil des Weltgerichtshofes, der im Juni 1996 die Androhung des Einsatzes und den Einsatz von Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärt hat. Joseph Gerson sieht in dieser fortgesetzten Mißachtung internationaler Vereinbarungen bzw. Verhandlungen über die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen eine der Hauptursachen für die ebenfalls anhaltende Aufrüstung in anderen Staaten: "So lange die USA und andere Nuklearmächte fortfahren, den Nicht-Weiterverbreitungsvertrag zu verletzen (Art. 6 verpflichtet sie, ihre nuklearen Arsenale zu vernichten) ... werden andere [Staaten] versuchen, das Ungleichgewicht der Macht dadurch auszugleichen, in dem sie selbst Atomwaffen oder 'Atomwaffen des kleinen Mannes' - chemische und biologische Waffen - herstellen."

### **Von "Schurkenstaat" zu "Schurkenstaat"?**

Die Warnung der Kriegsgegner, Clinton's "Schurkenstaaten"-Argumentation heize das Wettrüsten an und verhindere die politische Lösung von Konflikten verdichtete sich in der aktuellen Auseinandersetzung während der Golfkrise in dem Vorwurf, die US-Regierung messe, was ihre eigenen Massenvernichtungswaffen und die der "rogue states" angeht, mit zweierlei Maß. Der Autor und Menschenrechtler William Ramsey (Human Rights Action Service) etwa faßt seine diesbezügliche Kritik an der US-amerikanischen Irak-Politik Anfang März (St. Louis Post-Dispatch) in fünf Beispielen zusammen:

"Nadelstiche?' Ein neuerlicher Angriff auf den Irak - ob mit Atomwaffen oder nicht - würde unweigerlich zahllose Menschenleben kosten. Die sogenannten 'Nadelstich-Angriffe' im Januar und Juni 1993 töteten Dutzende Zivilisten. Dem jetzt angedrohten dauerhafte 'vernichtende' Angriff könnten Tausende irakische Zivilisten zum Opfer fallen und wieder würden die Wasser-, Strom- und Gesundheitsversorgung zerstört. Das

Beharren der USA auf ihrem Recht, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, bis der Irak seine Absicht aufgibt, selbst Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, ist einer von fünf Aspekten der Doppelmoral im Zentrum der US-Politik stehen. Eine wirkliche diplomatische Lösung des aktuellen Konflikts ist nur möglich, wenn die USA dieses Messen mit zweierlei Maß aufgibt.

‘Wessen Massenvernichtung?’ Massenvernichtungswaffen dienen dazu, unterschiedslos Zivilisten zu ermorden. Die USA geht gegen die irakischen Massenvernichtungswaffen vor, in dem sie dem Land Sanktionen auferlegt, die ebenfalls unterschiedslos Iraker töten. UNICEF berichtet, daß ‘mehr als 4.500 Kinder unter fünf Jahren jeden Monat an Hunger und Krankheiten sterben, die weitgehend auf den Mangel an Nahrung und Medikamenten zurückzuführen sind, der durch die Sanktionen verursacht wird’. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschafts-Kommission berichtet, daß ‘mehr als eine Million Iraker - darunter 567.000 Kinder - an den direkten Folgen der Wirtschaftssanktionen gestorben sind.

‘Inspektionen bei denen, aber nicht bei uns?’ Die USA verlangt von der irakischen Seite unbeschränkten Zugang für die Inspektionsteams. Im Mai 1997 stimmte der Senat einem Ausführungsgesetz der Chemiewaffen-Konvention zu, das besagt, daß ‘der Präsident die Anfrage um eine Inspektion diesbezüglicher Einrichtungen ablehnen kann, wenn er entscheidet, daß eine solche Inspektion eine Bedrohung für die nationalen Sicherheitsinteressen darstellen’ und weiter, daß ‘jegliche Entscheidung des Präsidenten gegen einen Inspekteur nicht von einem Gericht überprüft werden kann’. Wenn es um unsere eigenen Waffen geht, versucht der Senat US-Einrichtungen vor Inspektionen zu schützen und unerwünschte Inspektoren fernzuhalten. Ist die irakische Forderung, daß keine US-amerikanischen Kontrolleure in den Inspektionsteams sein sollen so unbegründet? Sollte es nicht üblich sein, daß die internationalen Inspektoren neutrale Beobachter und nicht Vertreter feindlicher Staaten sind?

‘Unterschiedliche Gewichtung’: Das US-Außenministerium artikuliert seinen Widerstand gegen die Verbreitung von Atomwaffen und der Verletzung von Menschenrechten in der Region mit unterschiedlich gewichtetem Nachdruck. Die USA erlaubt es der Türkei, im Irak einzumarschieren und die Menschenrechte der Kurden zu verletzen und erwartet im Gegenzug die Bereitstellung von Militärbasen zur Stationierung von NATO-Atomwaffen. Israel besitzt Atomwaffen, verstößt gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats indem es Land okkupiert und ist gleichzeitig der Hauptempfänger US-amerikanischer Militärhilfe.

‘Waffen für alle außer für einen?’: Seit dem Golfkrieg gab es im Mittleren Osten einen beispiellosen Zuwachs an Waffenimporten überwiegend aus den USA. Die neuerliche Aufrüstung der ganzen Region, nicht nur eines Landes, ist langfristig die größte Bedrohung des Friedens im Mittleren Osten. Die USA heizt die Aufrüstung des einen Landes an, in dem es den anderen Waffen verkauft.

Die US-amerikanischen Forderungen gegenüber dem Irak können so lange nicht erfüllt werden, wie dieses “mit zweierlei Maß messen” im Zentrum der Politik steht. Würde sich die USA dieser Inkonsequenz entledigen, könnte sie gemeinsam mit anderen Ländern daran arbeiten, die Wirtschaftssanktionen zu lockern. (...) Würde sie ihre Mißbilligung auf die Entwicklung und den Besitz aller Massenvernichtungswaffen, auf alle Invasionen und alle Menschenrechtsverletzungen erstrecken und gleichzeitig ihre Waffenexporte in die Region aussetzen, dann könnte dies dazu beitragen, daß die Staaten im Mittleren Osten - einschließlich des Irak - eine Einigung darüber herbeiführen, was eine für alle akzeptable Verfahrensweise zur friedlichen Lösung des Konfliktes ist.”

### **Alternative Rüstungskontrolle: Zivile Waffen-Inspektions-Teams**

Mit einer spektakulären Aktion griff eine Gruppe kanadischer Friedensaktivisten vier Tage nach Clinton's offizieller Androhung eines Militärschlages gegen den Irak die zunehmende Kritik an der Doppelmoral der US-Administration auf:

Am 26. Februar (an dem Tag, an dem das kanadische Kriegsschiff "Toronto" im persischen Golf einlief) reiste eine Gruppe von kanadischen FriedensaktivistInnen von Vancouver nach Bangor im US-Staat Washington, um als ziviles Waffen-Inspektions-Team den dortigen U-Boot-Stützpunkt zu inspizieren. Die neunköpfige Gruppe bestand aus kanadischen ParlamentarierInnen, VertreterInnen aus kirchlichen, sozialen und Friedensgruppen sowie zwei Journalisten und wurde begleitet von Mitgliedern der US-amerikanischen Friedensbewegung. In der Presseerklärung vom 24.2. zur Inspektion heißt es: "Libby Davies, Mitglied des Parlaments in Vancouver-Ost wird ein ziviles Waffen-Inspektions-Team, das sich aus VertreterInnen gesellschaftlicher und kirchlicher Gruppen zusammensetzt, bei der Suche nach US-amerikanischen Massenvernichtungsmitteln, die im nahegelegenen Staat Washington vermutet werden, begleiten. Der Besuch des Teams in Washington wird zur gleichen Zeit stattfinden, während atomar bewaffnete US-amerikanische und britische Streitkräfte, unterstützt von kanadischen Truppen, für einen Angriff gegen den Irak bereitstehen, um UN-Waffeninspektionen zu erzwingen. 'Kanada sollte die Rolle eines Friedensstifters übernehmen, der dafür sorgt, daß alle Massenvernichtungswaffen geächtet werden.', sagt Libby Davies. 'Unser Team wird damit beginnen, indem es das Land inspiziert, das Tausende der tödlichsten Waffen besitzt, die je geschaffen wurden: Atomwaffen.' (...) Das Team hat den Kommandeur des U-Boot-Stützpunktes schriftlich darum ersucht, freien und bedingungslosen Zugang zu gewähren, damit an Ort und Stelle nach Massenvernichtungsmitteln gesucht werden kann. 'Nur Schurkenstaaten lagern und verbergen Massenvernichtungswaffen', so Peter Coombes (Team-Mitglied und Präsident von "Stoppt das Wettrüsten"/Kanada), 'wir erwarten, daß unserem Anliegen, die Atomwaffen auf den U-Booten zu inspizieren, entsprochen wird'.

Im Bericht über den Verlauf der Aktion vom 3. März heißt es: "Das Team wurde am Haupttor der Basis von einem Presseoffizier empfangen, der die Entscheidung des US-Marine wiederholte, dem Team den Zugang zu verweigern. Er fügte ergänzend hinzu, daß das Ziel, das sich das Team gestellt hat, von der US-Regierung nicht unterstützt werden könne. Gefragt nach dem Vorhandensein von Atomwaffen auf dem Stützpunkt, lieferte der Offizier die offizielle Antwort ab, dies könne er weder bestätigen noch bestreiten. (...) Militärpezialisten (...) bewerten den Bundesstaat Washington als das drittgrößte Atomwaffenlager in den USA, mit allein 1.600 Trident-Sprengköpfen auf dem Stützpunkt in Bangor. (...)

### **Europäische/internationale Reaktionen: Friedensdiplomatie "von unten"**

Am 20./21. Februar fand in Genf ein Internationales Abrüstungsseminar des "Special NGO Committee for Disarmament" statt und anschließend, am 22.2., ein Arbeitstreffen des "European Abolition 2000 Network" (Trägerorganisationen in der Bundesrepublik ist die Kampagne "Atomwaffen Abschaffen!") in der . Tobias Damjanov hat für die DFG-VK an beiden Veranstaltungen teilgenommen und Anfang März in einem Bericht u.a. auch zusammengefaßt, was die VertreterInnen der internationalen bzw. europäischen Friedensorganisationen zum Thema "Irak" diskutierten:

Eine der wichtigsten Nachrichten von diesen Treffen gleich vorweg: Den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wird auf dem 2. Vorbereitungsausschuß (PrepCom) für die Überprüfungskonferenz der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) am 27.4.-8.5. in Genf erstmals offizielles Rederecht eingeräumt: 11 NGO-RednerInnen werden auf dieser UNO-Konferenz zum Thema "Atomwaffen abschaffen" zu den Regierungsdelegationen sprechen können (in der ZC 4/98 werden wir ausführlich über die Konferenz berichten). Auf dem Abrüstungsseminar der NGOs wurde im Hinblick auf die Irak-Krise vereinbart, daß die TeilnehmerInnen an der UNO-Konferenz in der

Lobby-Arbeit im direkten Kontakt mit den Delegationen folgende Aspekte thematisieren werden:

- Es soll in den Diskussionen eine inhaltliche Verbindung hergestellt werden zwischen der Irak-Krise, Proliferationsfragen und dem NPT-Prozeß.
- Auch wenn Inspektionen in einem Land bisher von einem Beschluß des UN-Sicherheitsrates (vgl. Irak), sollte die Forderung nach Inspektionen in allen Ländern, die tatsächlich oder womöglich im Besitz von Massenvernichtungswaffen sind oder dies beabsichtigen, mitbedacht werden (diese Forderung wurde von Friedensorganisationen aus den USA initiiert, s.o.).
- Mitberücksichtigt werden sollte auch, wie es dem Irak gelingen konnte, ein Atomwaffenprogramm zu verfolgen (hier wurde insbesondere die Rolle deutscher Firmen angesprochen).
- Ein Thema in den NGO-Redebeiträgen wird u.a. die Förderung von Regionalinitiativen zur Schaffung Atomwaffenfreier Zonen in Europa, in Süd-/Zentralasien und im Nahen/Mittleren Osten sein.

Das Arbeitstreffen des "European Abolition 2000 Network" widmete der Irak-Krise einen Sonder-Tagesordnungspunkt; folgende Themen kamen dabei zur Sprache:

- Die Idee "Zivile Waffen-Inspektions-Teams" aufzustellen, wurde aufgegriffen und dahingehend weiterdiskutiert, daß solche Teams - z.B. auch begleitet von Friedensnobelpreisträgern, die in der Friedensbewegung aktiv sind - auch im Irak einzusetzen.
- Darüber hinaus wurde die Möglichkeit einer "NGO-Diplomatie" erörtert, die etwa Delegationen zu Clinton und Hussein entsenden könnte.
- Außerdem wurde vorgeschlagen, daß alle Mitglieder des UN-Sicherheitsrates aufgefordert werden sollen, Erklärungen dazu abzugeben, daß dieses Gremium bisher keine Legitimation für einen militärischen Angriff gegen den Irak gegeben hat.
- Das Vorkommen von Massenvernichtungswaffen in anderen Ländern, denen deswegen kein Militärschlag angedroht wird, sollen vom europäischen Netzwerk kontinuierlich weiterverfolgt werden.

Außerdem wurde auf dem Arbeitstreffen noch über zwei aktuelle Aktionen aus der internationalen Friedensbewegung informiert: In Bagdad hat die US-Organisation "Voices in the Wilderness" ein Friedenscamp "gegen die unmoralischen Sanktionen gegen das irakische Volk" errichtet, das sie aufrecht erhalten will, bis die Gefahr eines Militärschlages gebannt ist. Und: Der Verein Internationaler Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und die Internationalen JuristInnen gegen Atomwaffen (IALANA) wollen mit einer im Februar gestarteten Initiative erreichen, daß der UN-Generalsekretär Kofi Annan die USA wegen ihrer militärischen Drogpolitik in der Golfkrise vor den Internationalen Gerichtshof bringt.

Am 23. Februar, nach wenigen Verhandlungsstunden konnte Kofi Annan der Öffentlichkeit bekanntgeben, daß die monatelange Krise beendet sei, der Irak erlaube den UN-Inspektoren nun auch die unbefristete Inspektion der Residenzen und hätte im Gegenzug eine Aufhebung der UN-Sanktionen zugesagt bekommen. "Wir haben von Kofi Annan, von anderen Politikern und von den Menschen im Ausland wie auch hier in unserer hastig aufgebauten Anti-Kriegsbewegung, gelernt," schreibt Joseph Gerson in seinem Kommentar über die Irak-Krise, "daß wir Grund zur Hoffnung haben. Die Macht der Menschen kann viel stärker sein als die der 'modernen Cäsaren' der 'allein überlebenden Supermacht'".

**Zusammenstellung, Kommentierung und Übersetzung: Elvi Claßen**

**Weitere friedenspolitische Auswertungen/Analysen zur Irak-Krise: Gerhard Piper: "Dritter Golfkrieg verschoben", in: ami März/98; Clemens Ronnefeld "Kommentar zum vorläufigen Ausgang der Golfkrise", in Friedensforum März/98.**



Bildtext:

18. Februar 1998, im Basketball-Stadion der Ohio State Universität in Columbus: Weltweit haben ca. 200 Millionen Menschen via CNN live miterlebt, wie die Stars der US-Außenpolitik, Außenministerin Madeleine Albright, Verteidigungsminister William Cohen und der Sicherheitsberater Sandy Berger, 90 Minuten lang von KriegsgegnerInnen daran gehindert wurden, für den neuen Waffengang am Golf zu werben. Es sollte eine "Talkshow" werden, schreibt das Time Magazine am 2. März hämisch, aber "der Verkauf der Operation 'Desert Thunder' geriet zu einem Public-Relation-Debakel". Albright und ihre Mitstreiter hätten hier "den Krieg schlecht verkauft". Nicht die Sprechchöre "Wir wollen Euren rassistischen Krieg nicht", "Die ganze Welt schaut zu" und "Kein Krieg! Kein Krieg!" wären schuld an dem Desaster, sondern die kritischen Fragen nach der moralischen Legitimation und dem politischen Sinn eines Krieges, die von Schülern, Kriegsveteranen und anderen Bürgern gestellt wurden. "Nun sieht es so aus, als käme die Sache in Gang", schreibt Martin Kelley am 23.2. im "Nonviolence Web". "Und der Grund dafür ist, daß diese amerikanische Friedensbewegung landesweit wieder auftaucht und daran geht, die Themen der Diskussionen mitzugestalten. Es passierte nicht nur in Columbus, sondern auch in tausenden kleinen Gesprächen im Alltag.

**Hier die Sendung zum Anschauen: [www.youtube.com/watch?v=fcLaKGNDtzo](http://www.youtube.com/watch?v=fcLaKGNDtzo) (EC 2016)**